

## A N F R A G E

der Abgeordneten Astrid Schramm (DIE LINKE.)

betr.: Verfahren an den Sozialgerichten um Klinikkosten

Mit Inkrafttreten des Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) und dem Gesetz für bessere und unabhängigere Prüfungen (MDK-Reformgesetz) ist bundesweit ein Ansteigen von Verfahren vor den Sozialgerichten zu beobachten. Krankenkassen und Kliniken streiten meist um die Höhe von stationären Behandlungskosten der Versicherten. Experten sprechen davon, dass Abrechnungstreitigkeiten seit Jahren zunehmen und das Potential hätten zu einer der größten Herausforderungen zu werden, der sich die Gerichtsbarkeit je zu stellen hatte.

Ich frage die Regierung des Saarlandes:

1. Wie viele Verfahren waren insgesamt von 2016 bis 30.6.2020 am Sozial- sowie Landessozialgericht anhängig? Wie viele waren davon Eilverfahren? (bitte auflisten)
2. Wie viele Streitsachen in Angelegenheiten der gesetzlichen Krankenversicherung waren von 2016 – 30.6.2020 am Sozial- sowie Landessozialgericht anhängig? (bitte jeweils tabellarisch auflisten)
3. Falls diese Zahlen gestiegen sind: Wo sieht die Landesregierung einen Fehler im Sozialrecht, wenn sich Krankenkassen und Krankenhäuser in dem von ihnen selbst ausgehandelten Fallpauschalen-System nicht einigen können? Plant die Landesregierung in diesem Fall eine Bundesratsinitiative?
4. Wie hoch ist die durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten basierend auf den Eingangszahlen am Sozialgericht sowie Landessozialgericht in den Jahren 2015 bis 2019? (bitte jeweils auflisten nach Haupt- und Eilverfahren bzw. Berufungen, Eilverfahren, Beschwerden)

Ausgegeben: 13.08.2020